bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 23 | 12. November 2004

Rechte Szene 2

"Strategiezentrum"
Der Heisenhof könnte im "Zusammenspiel" von NPD und Kameradschaften eine Rolle spielen.

„Nationale Volksfront"
Der NPD-Vorsitzende Voigt bemüht sich um einen Brückenschlag zu allen Spektren der extremen Rechten.

Auffangbecken
Im neuen NPD-Bundesvorstand sind reichlich frühere Neonazis vertreten.

Ein "seltsames Bündnis"
Das Buhlen der NPD um eine „Volksfront von rechts" bringt die Deutsche Partei (DP) in Turbulenzen.

Mörderischer Plan
Prozessbeginn gegen neonazistischen Münchner Kameradschafts-Anführer.

"Rechtes Horrorkabinett"
Durchsuchungsaktion bei „Nationalem Widerstand Weimar" – fanatische Neonazi-Eltern rekrutieren sogar ihre eigenen Kinder.

Einschüchterungstaktik
Neonazis bedrohen politische Gegner verbal und handgreiflich.

Braunes Happening
Polizei beendet Jahrestreffen der "Hammerskins".

Job-Maschine
Rechtsextreme Publizisten heuern jetzt bei der NPD-Fraktion in Dresden an.

Grauzone 9

Speerspitze der Rechten
Bei den Burschenschaften verbinden sich studentische Traditionspflege und nationalistisches Gedankengut.

Demokratische Initiativen 10

Vorbild im Profifußball
Der FC St. Pauli gedenkt Opfern der Nazi-Herrschaft – das politische Engagement des Hamburger Vereins hat Tradition.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Schuld begleichen
Spanien beginnt mit der Aufarbeitung der Franco-Zeit.

Meldungen 12

Rechte Szene

"Strategiezentrum"

Der Heisenhof könnte im "Zusammenspiel" von NPD und Kameradschaften eine Rolle spielen.

Inzwischen spricht in Dörverden niemand mehr von Jürgen Riegers „Heisenhof“ als bloßes Investitionsgeschäft. Dafür geschieht zuviel auf dem weitläufigen Gelände. Mindestens acht Personen halten sich dort nach Polizeiangaben regelmäßig auf, drei haben ihren Wohnsitz bereits dort eingerichtet. Rieger soll sich vor Ort nach den Kosten für eine Kläranlage für „8 bis 200 Personen“ erkundigt haben. Im ehemaligen von der Bundeswehr genutzten Kasino-Bereich sind die Fenster hell erleuchtet, alles deutet auf emsige Renovierungsarbeiten hin. Am 8. und 9. November lieferten LKWs einer Magdeburger Umzugsspedition Möbel an. Das Unternehmen ist laut Eigenwerbung offizieller Vertragspartner der Bundeswehr. Nach Angaben der „Verdener Nachrichten“ habe Rieger zuvor in einem Geschäft vergeblich nach Feldbetten gefragt. Nun wird gemutmaßt, er könnte diese Liegestätten aus Bundeswehrbeständen ersteigert haben. Mannschaftsräume sind auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände vorhanden. Mitarbeiter des Landkreises, die Ende September die Gebäude kontrollierten, hätten als Ruhelager für eine „Wachmannschaft“ lediglich Luftmatrazen vorgefunden.

Tatsächlich treffen sich immer wieder überregionale Kader mit den örtlichen NPD- und JN-Aktivisten um Sascha Schüler und Florian Cordes auf dem Heisenhof, unter ihnen vorbestrafte Gewalttäter. Zu einer Informationsveranstaltung über die rechten Umtriebe in Dörverden erschienen neben 400 interessierten Bürgern auch 30 Neonazis. Die älteren Verdener Rechtsextremisten Rigolf Hennig und Johann Huß provozierten während der Veranstaltung. Hennig scheint inzwischen eine wichtige Position zwischen der örtlichen Neonazi-Szene und Rieger in Hamburg zu spielen. Insgesamt zeichnet sich eine zunehmende Vernetzung der Szene im Umfeld des Heisenhofes ab. Das beobachtet auch der niedersächsische Verfassungsschutz. Fachbereichsleiter Freter äußerte am 10. November im Dörverdener Schulzentrum die Befürchtung, dass auf dem Heisenhof so eine „Art strategische Planung“ erfolgen könnte. Im „Zusammenspiel“ zwischen NPD und freien Kameradschaften könne Riegers Heisenhof durchaus eine Rolle spielen, meinte er. „Wir wissen, dass Jürgen Rieger zum Beispiel in Hamburg vor der dortigen NPD aufgetreten ist, dort eine Rede gehalten hat, die auch von den freien Kameradschaften sehr positiv aufgegriffen wurde“, so Freter.

Ein Hintergrund dieser Tendenzen könnte der Richtungsstreit im niedersächsischen NPD-Landesverband sein. Einige lehnen die Voigt-Politik und eine Zusammenarbeit mit den freien Nationalisten ab. Insider mutmaßen, dass Ulrich Eigenfeld als Landesvorsitzender zurücktreten könne, sein Gefolgsmann Friedrich Preuß habe sich bereits zurückgezogen. Dabei pflegen die jungen Parteiaktivisten unter der Obhut von Landesvize Adolf Dammann seit langem die Kooperation mit den Kameradschaften. Wenn eine neonazistische Galionsfigur wie Jürgen Rieger nun, wie der Verfassungsschutz befürchtet, „dort eine Rolle beanspruchen dürfte“, dann wird auch seine Immobilie in Dörverden zum zentralen Anlaufpunkt. Freter betont allerdings: „Rieger ist keiner, der sich anderen unterordnet. Er wird eine gestaltende Rolle für sich beanspruchen“.

Der Verdener Polizeichef Axel Rott befürchtet politische Schulungen auf dem Gelände, verspricht sich davon allerdings auch einen Erfolg: „Rieger ist ein Überzeugungstäter und wenn er sich politisch äußert, so wie er wirklich denkt, dann begeht er automatisch strafbare Handlungen“. Dass die Neonazis vom Heisenhof aus Jugendliche politisch ködern könnten, sind sich Freter und Rott einig. Der eine jedoch spricht vom „Strategiezentrum“, während der andere von einem „norddeutschen Neonazi-Treffpunkt a’ la Wunsiedel“ redet. Über den Begräbnisort im Fichtelgebirge wird der Heß-Mythos propagiert, in Verden könnten Neonazis eine vergessene NS-Kultstätte zu neuem Leben erwecken. Der von den Nazis erbaute, heidnische „Sachsenhain“ gilt schon lange als Steckenpferd Riegers und liegt nur wenige Minuten vom Heisenhof entfernt.

Andrea Röpke

„Nationale Volksfront"

Der NPD-Vorsitzende Voigt bemüht sich um einen Brückenschlag zu allen Spektren der extremen Rechten.

Udo Voigt war einst Zeitsoldat bei der Bundeswehr, verrät das Kurzportrait, das den Journalisten mit anderen Presseunterlagen in die Hand gedrückt wird. So etwas prägt den NPD-Vorsitzenden noch 20 Jahre später. So steht er nun vor den Delegierten des NPD-Parteitags und hebt die Stimme: „Ich melde der Partei zum heutigen Tage: Nach 36 Jahren ist es uns gelungen, mit gewaltiger gemeinsamer Kraftanstrengung und kluger Bündnispolitik, mit über neun Prozent in ein Landesparlament einzuziehen."

„Wir sind wieder da!", ruft Voigt. Diese Botschaft zu vermitteln, dazu dient der Parteitag, zu dem rund 180 Delegierte und – nach deutlich übertriebenen Angaben der NPD – 300 Gäste in die Obereichsfeldhalle im thüringischen Leinefelde gekommen sind. Anfangs und zur abschließenden Pressekonferenz sind auch Medienvertreter zugelassen, damit die Botschaft entsprechende Verbreitung findet. Doch mit der Offenheit der NPD ist es nicht weit her. Den Einzug von Vorstand und Fahnenträgern zu pompösen Klängen vom Band lässt die Partei gerne filmen. Doch eine in die falsche Richtung gehaltene Kamera kann dazu führen, dass kräftige Ordner in schwarzen Hosen und weißen Hemden einschreiten und der Ordnungsdienstleiter Manfred Börm persönlich das unliebsame Fernsehteam von der Pressetribüne drängt. Und noch vor Eintritt in die Tagesordnung wird diese umgekrempelt, der Rechenschaftsbericht Voigts in zwei Teile gesplittet: in einen, der als Erfolgsstory für die Öffentlichkeit bestimmt ist, und einen, den Voigt erst verliest, als man wieder unter sich ist.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird bei der NPD auch gewählt. Und das wohl mit Grund: Trotz der Erfolge der letzten Monate scheint Voigt, der wohl auf ein triumphales Ergebnis beim „Wir sind wieder da"-Parteitag gehofft hatte, nicht unumstritten. Zwar hatte er – anders als beim Parteitag vor zwei Jahren in Königslutter – keinen Gegenkandidaten, doch bei der Wahl versagen ihm am Ende 24 von 182 Delegierten der doch eigentlich um ein einheitliches Bild bemühten Partei ihre Stimme. Seine Stellvertreter Holger Apfel und Peter Marx müssen sich trotz ihrer zuvor gefeierten Wahlerfolge in Sachsen und an der Saar mit 146 beziehungsweise 145 Stimmen bescheiden. Der dritte Parteivize Ulrich Eigenfeld, der gleichzeitig bisher auch als Generalsekretär fungierte, kommt auf 118 Stimmen – und das, obwohl Ex-Parteichef Günter Deckert seine Gegenkandidatur zurückgezogen hatte. Auch zum Ehrenvorsitzenden, wie von Hamburger Kameraden gewünscht, wurde Deckert, der den Parteitag vorzeitig verlassen haben soll, nicht gewählt. Er soll den NPD-Kreisverband Hamburg-Harburg dazu gebracht haben, den Antrag zurückzuziehen.

„Der Kampf um den organisierten Willen" ergänzt das Drei-Säulen-Modell

Und auch bei der Integration von bislang parteifreien Neonazis in den Bundesvorstand kommt es etwas anders, als vor dem Parteitag vermutet. Ralph Tegethoff – einer der drei im Vorfeld gehandelten Kandidaten – reist erst gar nicht zum Parteitag an. Thomas Wulff zieht seine Kandidatur zurück, statt Wulff zieht Thorsten Heise bereits im ersten Wahlgang mit – laut Störtebeker-Netz – 121 Stimmen in den Vorstand ein. Dass ein unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung vorbestrafter Neonazi in das höchste Gremium der Partei gewählt wurde, ficht Voigt nicht an. Im Gegenteil: „Es wächst zusammen, was zusammengehört." Beifall erntet er dafür – wie überhaupt das Parteivolk stets besonders zufrieden ist, wenn er die alten Töne anschlägt, Ausländer „in ihre angestammte Heimat zurückschicken" will, vom „Deutschland der Deutschen" und der „Reichshauptstadt" Berlin schwärmt oder den Einzug in den „Deutschen Reichstag" prophezeit.

Während Heise mit Interviewanfragen überhäuft wird, steht ein anderer Vorstandsneuling etwas abseits: Frank Rohleder, einst stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner und in Dresden beim Nationalen Bündnis aktiv. Voigt bemüht sich um einen Brückenschlag zu allen Spektren der extremen Rechten, zu den bislang parteifreien Rechtsaußen ebenso wie zu den Republikanern. Erst recht aber zu Gerhard Freys DVU, die Voigt einen „gleichberechtigten Partner" nennt. Ihn begrüßt er am zweiten Tag der Veranstaltung als Gastredner. Gemeinsam stellen

sie ihre Unterschriftenaktion gegen einen EU-Beitritt der Türkei vor. Und gemeinsam präsentieren sie ihre Strategie bei den kommenden Wahlen.

Im Februar 2005 werde die NPD „als einzige nationale Kraft“ bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein antreten und dabei die Annahme widerlegen, dass der Erfolg in Sachsen ein einmaliges Phänomen sei, sagt Voigt. Bei der Bundestagswahl 2006 ist ebenfalls die NPD am Zuge. Voigt: „Dr. Frey und weitere zu benennende Führungskräfte der DVU sind dann bereit, auf den NPD-Listen zu kandidieren.“ Umgekehrt werde die DVU bei der Europawahl 2009 „der Listenführer mit Kandidaten der NPD auf der DVU-Liste sein“. Noch ungeklärt ist, welche der beiden Parteien bei den weiteren Landtagswahlen bis dahin den Vortritt haben wird, darunter im Mai in Nordrhein-Westfalen. Dafür werde eine ähnliche Übereinkunft angestrebt, verriet Voigt den Delegierten nur. Auf einem „Führungstreffen“ mit den NPD-Landesvorsitzenden im Dezember werde eine gemeinsame Planung erarbeitet. Über die Köpfe der Landesverbände hinweg werde nicht entschieden, versicherte er jenen regionalen Parteigrößen, die fürchten, zugunsten der Phantompartei DVU auf eine eigene Kandidatur verzichten zu müssen.

Um eine „Nationale Volksfront“ geht es dem Parteichef. Das Drei-Säulen-Modell mit dem Kampf um die Straße (allerdings künftig mit weniger „Minidemonstrationen“), dem Kampf um die Parlamente und dem Kampf um die Köpfe wird um einen vierte Säule ergänzt. Voigt nennt sie den „Kampf um den organisierten Willen“. Ob die Voigtsche „Volksfront“ hält, ist zweifelhaft. Die Bruchstellen sind schon angelegt. Während der NPD-Chef die „Integration nationaler Sozialisten“ beschwört, warnt Frey: „Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten.“ Freunde sind Voigt und Frey auch nach ihren Absprachen und nach diesem Parteitag nicht geworden. Immerhin verbindet sie jetzt ein „rotes Telefon“.

Tomas Sager

Auffangbecken

Im neuen NPD-Bundesvorstand sind reichlich frühere Neonazis vertreten.

Dem neu gewählten Bundesvorstand der NPD gehören mehr als ein Drittel Mitglieder an, die als Funktionäre oder Mitglieder zwischenzeitlich verbotener Neonazi-Gruppierungen aktiv waren. Dazu zählen unter anderem frühere Aktivisten der neonazistischen Wiking-Jugend (WJ). Manfred Börm (Niedersachsen), wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, wurde im September 1985 zum Gauführer Nordmark/Niedersachsen der WJ, gewählt. Zeitweilig war er Beauftragter des Bundesführers der WJ. Auch Stefan Köster (Mecklenburg-Vorpommern) war WJ-Mitglied. 1994 wurde die Wiking-Jugend vom Bundesinnenminister verboten.

Thorsten Heise (Niedersachsen/Thüringen), unter anderem wegen Körperverletzung vorbestraft, war langjähriger Funktionär und Landesvorsitzender in Niedersachsen der 1995 verbotenen neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Sascha Roßmüller (Sachsen), wegen Verunglimpfung des Staates vorbestraft, gehörte 1991 zu den Gründungsmitgliedern des auf Bayern beschränkten und 1993 verbotenen neonazistischen Nationalen Blocks (NB). Jens Pühse (Sachsen) war Mitglied der 1992 verbotenen Neonazi-Truppe Nationalistische Front (NF). Stefan Haase (Nordrhein-Westfalen), wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen einer verfassungsfeindlichen Organisation vorbestraft, fungierte als Stützpunktleiter Lüdenscheid der Nationalistischen Front.

Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt, NPD-Landeschef von Thüringen, unter anderem wegen Volksverhetzung vorbestraft und knasterfahren, gilt als „geistiger Vater“ („Welt“) der 1997 verbotenen Kameradschaft Oberhavel. Einem Verbot des von ihm als Vorsitzenden geführten neonazistischen Vereins Die Nationalen kam Schwerdt durch dessen Auflösung im November 1997 zuvor.

Anton Maegerle

Ein "seltsames Bündnis"

Das Buhlen der NPD um eine „Volksfront von rechts" bringt die Deutsche Partei (DP) in Turbulenzen.

Thüringens DP-Landesvorsitzender Kurt Hoppe gehört zu den Befürwortern eines Bündnisses mit der NPD. Bei deren Bundesparteitag in Leinefelde durfte er ein Grußwort sprechen. Wahlerfolge seien möglich, wenn „nationale Patrioten nicht gegeneinander stehen", so warb er dafür, das Bündnis zwischen NPD und DVU um andere Parteien zu erweitern. Die Deutsche Partei bleibe jedenfalls bei ihrem „abgrenzungsfreien Kurs".

Der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel sieht das freilich anders. Gemeinsam mit seinen Kollegen von Republikanern und DSU, Rolf Schlierer und Roberto Rink, veröffentlichte er am 1. November eine so genannte „Frankfurter Erklärung", in der die drei ihre Absicht bekräftigen, „zusammen mit weiteren Parteien zu einer engen Kooperation und zu gemeinsamen Wahlkampfantritten zu kommen". Eingeladen ist dazu aber auf keinen Fall die NPD: Ziel der Kooperation sei „die Absicht, eine seriöse und demokratische Alternative zu den Bundestagsparteien rechts von der Union zu etablieren". Grundlage sei das „Bekenntnis zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung".

Zwei Stellvertretern Kappels im DP-Vorsitz muss die „Frankfurter Erklärung" aber gründlich missfallen. Claudia Wiechmann und Ulrich Pätzold grenzten sich ihrerseits scharf von den Republikanern ab. Denen gegenüber dürfe es keinen „partnerschaftlichen Kurs" geben. Es sei eine „Frage der politischen Hygiene", nicht mehr das Gespräch mit Schlierer und seiner Stellvertreterin Winkelsett zu suchen. Eine Union aus REP, DP und DSU nennen sie ein „seltsames Bündnis" und warnen davor, sich für „Spaltungsprojekte innerhalb der nationalfreiheitlichen Parteien missbrauchen zu lassen", Zwar findet sich inzwischen nur noch eine weichgespülte Version der Wiechmann-Pätzold-Erklärung auf der Homepage der DP – die Diskussion in der Partei und in ihrem Umfeld geht freilich weiter. In den einschlägigen Foren ist von „Putschplänen" die Rede und droht man einander Strafanzeigen an.

Tomas Sager

Mörderischer Plan

Prozessbeginn gegen neonazistischen Münchner Kameradschafts-Anführer.

Voraussichtlich Ende November beginnt der zweite Prozess gegen Neonazis, die einen Anschlag auf die Baustelle des jüdischen Gemeindezentrums in München geplant haben sollen. Der 6. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landgerichts hat, wie jetzt bekannt wurde, am 6. Oktober die Anklage von Generalbundesanwalt Kay Nehm gegen den Neonazi-Anführer Martin Wiese und die drei mutmaßlichen Komplizen Alexander M., Karl-Heinz St. und David Sch., zugelassen. Seit dem 6. Oktober dieses Jahres verhandelt der Senat schon in derselben Sache gegen fünf weitere Angeklagte.

Bei der Grundsteinlegung für das jüdische Gemeindezentrum in München am 9. November 2003, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, sollte eine Bombe explodieren, sagt der Generalbundesanwalt. An dem feierlichen Akt nahmen der damalige Bundespräsident Johannes Rau und weitere Prominente teil. Die Gäste wären laut Nehm in Todesgefahr geraten, hätten die Neonazis ihren Plan in die Tat umsetzen können. Doch es gelang der bayerischen Polizei, die Terrorverdächtigen zu belauschen und festzunehmen. Außerdem fanden die Beamten knapp 1,7 Kilo Sprengstoff.

Der Generalbundesanwalt hält Wiese für den Rädelsführer der mutmaßlich terroristischen Vereinigung. Dabei habe es sich um eine selbst ernannte, konspirativ agierende „Schutzgruppe" innerhalb der auch von Wiese geführten Münchner Neonazi-Kameradschaft „Aktionsbüro Süd" gehandelt. In dem ersten Prozess müssen sich drei Frauen und ein Mann verantworten, die ebenfalls der „Schutzgruppe" angehört haben sollen. Der fünfte Angeklagte ist ein Brandenburger, der bei der Beschaffung von Waffen und Sprengstoff geholfen haben soll. Kurz nach Beginn des Prozesses schloss der 6. Senat die Öffentlichkeit aus. Sollte diese Verhandlung bis Ende November nicht beendet sein, wird der Senat die Prozesse parallel führen.

Frank Jansen

"Rechtes Horrorkabinett"

Durchsuchungsaktion bei „Nationalem Widerstand Weimar" – fanatische Neonazi-Eltern rekrutieren sogar ihre eigenen Kinder.

Ein Großaufgebot der Weimarer Polizei durchsuchte Ende Oktober zwölf Wohnungen von Anhängern des „Nationalen Widerstandes Weimar" und der „Braunen Aktionsfront Thüringen". Was sie am meisten schockierte waren nicht die gefundenen Waffen, sondern ein Foto. Die darauf abgebildeten vermummten Gestalten, ausgerüstet mit Baseballschlägern und Fahnen erinnern zunächst an die gestellten Aufnahmen der Skinheads Sächsische Schweiz. Hier allerdings haben sich 21 Angehörige des „Nationalen Widerstands Weimar" martialisch postiert, und bei genauer Betrachtung sind auch zwei Babys auf dem Arm von Skingirls sowie ein kleiner Junge mit Sonnenbrille und Waffe in der Hand zu entdecken.

Das Ergebnis der Razzia bei der Weimarer Neonazitruppe war zunächst eher lau, gefunden wurden Schreckschuss- und Luftdruckwaffen mit Munition, Computer, CDs gefüllt mit rechtsradikaler Propaganda und Fahnen mit Hakenkreuz. Die Ermittlungen gegen die Gruppe sollen bereits seit einiger Zeit laufen. Auch wenn ein mit Neonazi-Devotionalien gespickter Raum im Dachgeschoss eines der Aktivisten wie ein „rechtes Horrorkabinett" wirkte: scharfe Waffen konnten nicht gefunden werden. Daher laufen die Ermittlungen nun in Richtung Bildung einer bewaffneten Gruppierung.

Dafür, so berichten die Lokalzeitungen, wird nun aber das Jugendamt aktiv, denn es stehe die Frage im Raum, ob das Kindeswohl gefährdet sein könnte. Der Missbrauch von Kindern zu Propagandazwecken sei ebenso kritisch zu hinterfragen, wie die Darstellung eines Fünfjährigen, der mit einer (Spielzeug-?) Pistole auf den Fotografen ziele, äußerte Rathaussprecher Fritz von Klinggräff gegenüber Lokalmedien. Die Mutter des Jungen ist eine stadtbekannte Neonazi-Aktivistin, der Kleine sei bereits bei Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV aufgefallen, als er auf der Schulter eines Neonazis sitzend linken Demonstranten den Stinkefinger zeigte. Sandra Z. war Anmelderin eines Aufmarschs Mitte Oktober und wurde bereits im September vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen, weil sie bei einer angeblichen Geburtstagsparty mit überregional angereistem Neonazi-Publikum in Tröbsdorf als Anmelderin aufgetreten sein soll. Dort sei es zu Angriffen auf Polizisten und weiteren Straftaten gekommen.

„Im Krieg gegen ein Scheiß System"

Die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio Lotte in Weimar bezeichnet Sandra Z. als „Frontfrau" der dortigen Szene. Ebenso Martin R., der ebenfalls zu den Verdächtigen zählt und sogar als „thüringenweiter Nazi-Kader" eingestuft wird. R. und seine Weimarer Truppe sollen über gute Kontakte zum „Aktionsbüro Thüringen" und zum „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Westtühringen" (NSAW) verfügen, außerdem führte er bei Anti-Hartz-Demonstrationen das Wort. Im Visier der militanten Weimarer Truppe stehen Jugendliche, die mit Reizthemen vor allem in den Vorstadtgebieten geködert werden. Erst vor wenigen Wochen war es zu Ausschreitungen zwischen Neonazis und Spätaussiedlern gekommen, die besonderes Angriffsziel der fremdenfeindlichen Hetze sind. Die Internetseite des „Nationalen Widerstands Weimar" ist nach wie vor aktiv und macht keinen Hehl aus deren politischer Einstellung, demnach befinde sich der NWW „im Krieg gegen ein Scheiß System" – dafür rekrutieren fanatische Neonazi-Eltern anscheinend auch ihre Kinder.

Andrea Röpke

Einschüchterungstaktik

Neonazis bedrohen politische Gegner verbal und handgreiflich.

Am 6. November fand in Gotha wieder der Antifaschistische/Antirassistische Ratschlag statt. Bereis zum 14-ten Mal wird diese Veranstaltung der gewerkschaftlichen Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus in Thüringen organisiert, um eine gemeinsame parteien- und organisationsübergreifende Arbeit gegen Rechtsradikalismus in dem Bundesland zu koor-

dinieren. Doch nie hat er im Vorfeld ein solches Presseecho gefunden. Denn Neonazis aus dem thüringischen Kameradschaftsspektrum machen in diesem Jahr massiv gegen den Ratschlag und seine Organisatoren mobil. Auf zahlreichen rechten Homepages findet sich unter dem Motto „Dem antideutschen Mob auf die Pelle rücken!“ ein Aufruf, in dem dazu aufgefordert wird, „den antifaschistischen Ratschlag mit allen Mitteln zu bekämpfen“. „Es darf in der Stadt Gotha keinen Platz für linkskriminelle Banden ... und Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft geben, heißt es in dem Text.

Die rechte Szene ist mutiger geworden

Seit Jahren gegen Rechtsextremismus aktive Gewerkschaftler und andere Organisatoren des Ratschlags werden auf den rechten Homepages namentlich und mit Porträtfotos erwähnt. Der thüringische Fachbereichsleiter der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Angelo Lucifero gehört zu den via Internet bedrohten Personen. Er sieht die offensive Anti-Antifa-Arbeit durchaus im Zusammenhang mit den jüngsten rechten Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg. Man ist in der rechten Szene mutiger geworden. Lucifero warnt im Gespräch mit dem bnr davor, den rechten Aufruf nur als leere Drohung abzutun. Denn es blieb nicht nur bei Worten. So wurde ein antifaschistischer Jugendlicher aus Gotha Anfang November nach einem Kinobesuch von mehreren Neonazis bedroht und eingeschüchtert. Auch Lucifero selbst griffen die Rechten schon mehrmals an. Am 25. Oktober wurde er in Eisenach niedergeschlagen, als er sich mit anderen Aktivisten gegen die Teilnahme von Neonazis an der dortigen Montagsdemonstration wandte. In der darauf folgenden Woche konnten die Rechten mit ihrer Einschüchterungstaktik einen Erfolg verbuchen. „25 nationale Sozialisten aus der Wartburgstadt nahmen in dieser Woche am zwölften Protestmontag an der Kundgebung auf dem Marktplatz teil“, posteten sie stolz auf ihren sämtlichen Homepages.

Peter Nowak

Braunes Happening

Polizei beendet Jahrestreffen der "Hammerskins".

Am Samstag, den 6. November lud die Hammerskin-Sektion Berlin, die laut Verfassungsschutz im Jahre 2003 15 Mitglieder zählte, zu ihrem Jahrestreffen in die Eckkneipe „Happy Station“ in Berlin-Friedrichshain. Da auch Freunde und Bekannte der Sektionsmitglieder eingeladen waren, versammelten sich schließlich 97 Festgäste. Unter ihnen zahlreiche Mitglieder der „Vandalen“, die eng mit den Berliner „Hammerskins“ verknüpft sind, und NPD-Neumitglied Michael Regener, Texter und Sänger der als kriminell eingestuften Band „Landser“.

Gegen 19.00 Uhr stürmten rund 270 Polizeibeamte, darunter SEK-Kräfte, die Feier und nahmen die Personalien aller Gäste auf. Gegen einen 28-Jährigen wurde ein Haftbefehl wegen Beförderungserschleichung vollstreckt, gegen drei Personen wird wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt, darunter ein Engländer, der seine Hakenkreuz-Tätowierung öffentlich zur Schau stellte. Die Polizei nimmt an, dass sich unter den Gästen aus dem ganzen Bundesgebiet auch Mitglieder der örtlichen Kameradschaften befanden. Ermittelt wird auch gegen den Kneipenwirt, der von einem organisierten Treffen nichts gewusst haben will.

In der „Happy-Station“ verkehren seit geraumer Zeit Mitglieder der „Kameradschaft Tor“ und der „Autonomen Nationalisten Berlin“. Ein „Trabant-Club Berlin“ hält hier seine Stammtische ab, sein ehemaliger Vorsitzender Albrecht Reither führte 2003 kurzzeitig den NPD-Landesverband Berlin an und fiel zuletzt im Juni dieses Jahres auf, als er das Grundstück seiner Autowerkstatt für ein gemeinsames Konzert von Regener und der Band „Spreegeschwader“ bereitstellte.

Die „Hammerskin“-Veranstaltung endete wie im Vorjahr ohne nennenswerte Zwischenfälle. Das Jahrestreffen 2003, an dem neben „Vandalen“ auch Gäste aus der Schweiz und Frankreich und einige NPD-Mitglieder teilnahmen, war ebenfalls von der Polizei aufgelöst worden.

Clemens Berg

Job-Maschine

Rechtsextreme Publizisten heuern jetzt bei der NPD-Fraktion in Dresden an.

Die 12-köpfige NPD-Landtagsfraktion in Sachsen verfügt neben den Fraktionsgeldern und den Diäten der Abgeordneten auch über ein üppiges Salär für ihre Mitarbeiter. Insgesamt bis zu rund 27 000 Euro werden Zeitungsberichten zufolge monatlich dafür bezahlt. Die Jobs sind offenbar attraktiv für Rechtsextreme aus der gesamten Republik.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Dresden ist neuerdings Karl Richter (Jg. 1962; München) tätig. Er zählt bundesweit zu den aktivsten rechtsextremen Publizisten und führenden intellektuellen Köpfen der Szene. Richter ist langjähriges Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift „Nation& Europa", dem bedeutendsten rechtsextremen Theorieorgan, von 1991 bis 1997 amtierte er dort als Chefredakteur. Anschließend war er von 1998 bis 2002 Chefredakteur des zwischenzeitlich eingestellten Zweimonatsmagazins „Opposition" (Verlagsgesellschaft Berg). Danach betätigte sich Richter in der Redaktion der Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" und zeichnete verantwortlich für die Gestaltung des „Witikobriefs", des Organs des revanchistischen Witikobundes e.V. (München).

Als Referent trat Richter bei zahlreichen rechtsextremen Organisationen in Erscheinung, unter anderem beim Freundeskreis Ulrich von Hutten, der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik, dem Arbeitskreis Zeitgeschichte Mittelbaden, dem Schutzbund für das deutsche Volk, dem Hilfskomitee Südliches Afrika, dem Deutschen Seminar e.V. und der Richard-Wagner-Gesellschaft. Daneben ist Richter langjähriges Mitglied der Gesellschaft für freie Publizistik. Zeitweilig gehörte er als Vorstandsmitglied dem bayrischen Landesverband der Deutschen Liga für Volk und Heimat an.

Neu in Dresden ist auch Andreas Molau (Jg. 1968) aus Braunschweig. Von 1990 bis 1994 war er verantwortlicher Redakteur des Kulturteils der „Jungen Freiheit" (JF). Daneben schrieb er Artikel in der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon" und in „Ökologie", dem Sprachrohr der Unabhängigen Ökologen. 1993 veröffentlichte Molau im Verlag Siegfried Bublies das Buch „Alfred Rosenberg. Die Ideologie des Nationalsozialismus". „Nation&Europa" bescheinigte ihm, mit dem Buch einen „veritablen Mosaikstein zur Historisierung des NS" geliefert zu haben. Die JF empfahl das Buch „auch dem historisch interessierten Laien als wichtige Ergänzung zum Verständnis der Zeit des Nationalsozialismus". Rosenberg war ab 1933 „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP". 1941 wurde Rosenberg zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" ernannt.

Wegen der Veröffentlichung eines revisionistischen Artikels von Armin Mohler musste Molau 1994 die JF-Redaktion verlassen. In dem Parteiblatt „Der Republikaner" beklagte Molau, dass die JF sich gegen den „Weg einer klaren rechten Diktion entschieden" habe. Nach seinem Abgang bei der JF engagierte sich Molau verstärkt beim Verlagskomplex (Verlagsgesellschaft Berg; VGB) des Rechtsextremisten Gert Sudholt. Er übernahm die Herausgeberschaft des „Deutschen Almanach" und zeichnete verantwortlich für die Herausgabe des Buches „Opposition für Deutschland" (VGB). 1995 avancierte Molau zum Chefredakteur der revisionistischen Zeitschrift „Deutsche Geschichte", zum Jahresende 1996 gab er seine Redakteurstätigkeit dort auf. 1994 trat im Sudholt-Verlagskomplex erstmals ein Autor mit dem Namen „Hauke Nanninga" in Erscheinung , der kurz zuvor mit einer Veröffentlichung in der Januar-Ausgabe 1994 von „Nation&Europa" aufgetreten war. Bis heute schreibt „Hauke Nanninga" unter anderem für die „Deutsche Geschichte" und das NPD-Blatt „Deutsche Stimme". Im Frühjahr 1995 kündigte die NPD-Presse schließlich Andreas Molau neben Udo Walendy und Günter Deckert als Referent bei einem Osterlager der Jungen Nationaldemokraten an.

Nach 1996 verschwand Molau offiziell von der politischen Bühne und unterrichtete bis zu den Herbstferien 2004 an einer Braunschweiger Waldorfschule Deutsche und Geschichte. Molau steht nun der NPD-Fraktion in Sachsen als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Verfügung.

Anton Maegerle

Grauzone

Speerspitze der Rechten

Bei den Burschenschaften verbinden sich studentische Traditionspflege und nationalistisches Gedankengut.

Frankfurter Schule - Die 9. Todsünde“ – unter diesem Titel veranstaltet die österreichische „ARGE Konrad Lorenz“ vom 19. bis zum 21. November in Wien ein Symposium, auf dem sich ein „hochkarätig besetztes Podium“ mit den Auswirkungen der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule beschäftigen soll. Hinter der Arbeitsgemeinschaft verbergen sich mehrere äußerst rechtslastige Gruppierungen: die Burschenschaften Olympia und Silesa, der Wiener Korporationsring der nationalfreiheitlichen Studentenverbindungen und der Ring Freiheitlicher Studenten – die Studentenorganisation der FPÖ. Veranstaltet wird das Treffen in Verbindung mit einem Kommers zu Ehren des Naturwissenschaftlers und Namensgebers des national-konservativen Zusammenschlusses Konrad Lorenz. Die Organisatoren wollen mit der Widmung ein Zeichen gegen die „Hetze der veröffentlichten Meinung“ setzen, die neben Lorenz auch anderen angeblich nicht opportunen Wissenschaftlern wie Heinrich Harrer oder Hans Hass entgegenschlägt. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Deutschen Burschenschaft (DB), einem der Dachverbände der „Burschen“ in der Bundesrepublik.

Studentische Korporationen stellen für die Ideen der Neuen Rechten aufgrund ihres Multiplikationspotenzials wichtige Meinungsforen dar. Dass sich die Abneigung rechter Kreise vor allem gegen liberale geistige Strömungen wie die Frankfurter Schule richtet, deren Lehren angeblich „Zersetzung“ und „Nationsvergessenheit“ mit sich bringen würden, ist kaum überraschend. So wird denn auch bereits im Vorfeld des Symposiums kein Zweifel am Charakter der „Aufarbeitung“ gelassen. Die „Kritische Theorie“, handlich definiert als „Verbindung von Neomarxismus und Psychoanalyse“, sei nicht nur als Experiment gescheitert, wie in einer Ankündigung im Internet zu lesen ist, sondern habe im Auftrag der US-Alliierten in der Nachkriegszeit auch wesentlich zur „Umerziehung der Volksgemeinschaft“ zu einer egoistischen Spaß- und Genussgesellschaft beigetragen. Mit Otto Scrinzi, Friedrich Romig oder Bernd Rabehl werden wichtige Figuren des deutschsprachigen Rechtsextremismus auf dem Symposium sprechen. Auch Rolf Kosiek, Vorsitzender der Gesellschaft für Freie Publizistik, Mitarbeiter des revisionistischen Grabert-Verlags und Mitglied im Witiko-Bund steht als Redner auf dem Programm.

Burschenschaften sind als Speerspitze der Rechten an den Universitäten sehr ernst zu nehmen. Knapp 140 Verbindungen mit insgesamt etwa 19.000 Mitgliedern sind in Deutschland unter den Dächern der Deutschen Burschenschaft beziehungsweise der Neuen Deutschen Burschenschaft organisiert. Nicht wenige davon sind in das Visier der zuständigen Landesämter für Verfassungsschutz geraten. Danubia München, Germania Hamburg oder die Normannia Leipzig gehören zu den bekanntesten. Ist das Spektrum in Österreich ungleich kleiner, so streckt das rechtsextreme Netzwerk seine Fühler durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ, deren bedeutendste Mitglieder (inklusive Jörg Haider) aus dem deutschnationalen Korporationswesen stammen, doch bis in höchste politische Kreise aus. Hier gilt die in den 60er-Jahren bereits einmal verbotene und in der ARGE federführende Olympia Wien als eine der radikalsten Verbindungen. Nicht der gesamte organisierte akademische Nachwuchs steht unter Generalverdacht. Unbestritten jedoch hat der Einfluss rechtsextremer Kräfte innerhalb der Burschenschaften in den letzten Jahren ebenso zugenommen wie deren Radikalität.

Die Verbindungen zwischen Österreich und Deutschland sind eng, wähnen sich viele Mitglieder durch die NS-Zeit doch in einer „gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft“. Die militärische Niederlage des Dritten Reiches wird auch unter den national-freiheitlichen Burschenschaften der Alpenrepublik als Trauertag begangen. Ideologisch ist das burschenschaftliche Denken von einem völkischen Grundverständnis und einem konservativ-revolutionären Elitismus geprägt. Im allgemeinen Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ verbinden sich studentische Traditionspflege und nationalistisches Gedankengut. Darüber hinaus sind heute Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beinahe selbstverständliche Bestandteile der meisten Burschenschaften.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Vorbild im Profifußball

Der FC St. Pauli gedenkt Opfern der Nazi-Herrschaft – das politische Engagement des Hamburger Vereins hat Tradition.

Während sich das Geschäftsgebaren des FC St. Pauli kaum noch von dem anderer Proficlubs unterscheidet, überraschen Fans und Vereinsspitze immer wieder mit politischen Initiativen. Aus Anlass des 66. Jahrestages der Reichspogromnacht enthüllte Fan-Sprecher Roger Hasenbein zusammen mit Vereinspräsident Corny Littmann eine Gedenktafel im Millerntorstadion. In der Südkurve prangt seit dem 9. November ein schwarzes Schild mit der Inschrift: „Zum Gedenken an die Mitglieder und Fans des FC St. Pauli, die während der Jahre 1933 bis 1945 durch die Nazi-Diktatur verfolgt oder ermordet wurden."

Die Idee zu der im deutschen Fußballsport einmaligen Initiative hatten Anhänger des Hamburger Vereins vor einem Jahr entwickelt, berichtete Hasenbein. Viele Fans stießen sich an den wenige Meter entfernt stehenden Gedenkstein zu Ehren „unserer Gefallenen 1914 – 1918 / 1939 – 1945" (Inschrift), der nur eine Opfergruppe benennt – die Soldaten. „Für uns ist die Gedenktafel nicht nur historisch bedeutsam", betonte der Vertreter aller offiziellen Fanclubs, „wir wollen auch ein Zeichen in der Gegenwart setzen." Hasenbein nannte in diesem Zusammenhang das Einziehen von Neonazis in die Parlamente und rechtsextreme Gröhler, die sich immer wieder in den Stadien mit rassistischen und sexistischen Parolen bemerkbar machen.

Unterstützt wurde die Initiative von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten. Landesvorstand Traute Springer-Yakar sagte: „St. Pauli war immer ein weltoffener Stadtteil, tolerant und proletarisch. Aber Hamburg war in der Nazizeit auch ein Mustergau, in dem viele Bewohner des Stadtteil zwangssterilisiert oder vernichtet wurden." Vereinspräsident Littmann sprach von einer „Pflicht zum Gedenken" und meinte – bezogen auf die häufig gestellte Frage, ob ein Verein sich überhaupt politisch einmischen soll: „Es ist notwendig, sich zur demokratischen Ordnung zu bekennen."

Das politische Engagement innerhalb des Vereins hat Tradition. Der FC St. Pauli entwickelte sich in den 80er Jahren zum „politisch etwas anderen Verein": Mit dem zunächst noch juxig gemeinten Schlachtruf „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder dritte Liga!" fing alles an. 1989 schuf der St. Pauli dann als erster Verein den Posten des Fanbeauftragten im deutschen Profifußball, organisierte Freundschaftsspiele mit türkischen Mannschaften als Gegenprogramm zur Ausländerfeindlichkeit und verbot den Verkauf von Aufnähern mit rechtslastigem Inhalt.

Die Reichskriegsflagge, Plakate mit rechtsextremen oder revanchistischen Aussagen und rassistische Schmähungen im Stadion gehörten endgültig der Vergangenheit an, nachdem die überarbeitete Stadionordnung in „Paragraph 6" bestimmte: „Verboten ist den Besuchern: Parolen zu rufen, die nach Art oder Inhalt geeignet sind, Dritte auf Grund ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung zu diffamieren." Zuwiderhandlungen wurden fortan mit Stadionverweisen bestraft – das war neu und bis dato einmalig im deutschen Profifußball. Neben einer von Mannschaft und Fanclubs unterstützten Flugblatt-Aktion gegen Rassismus sorgte eine gemeinsame Initiative von deutschen und türkischen Fans für ein enormes Medienecho. Als Fahnenschwenker (Parole: „Keinen Fußbreit den Faschisten!") mitten im Pulk: St. Paulis damaliger Geschäftsführer Manfred Campe.

Die vor rund anderthalb Jahrzehnten entstandene Bewegung politisch denkender und handelnder Fans drückte dem Verein einen Stempel auf, dessen Konturen noch heute spürbar sind: Als 1997 herauskam, dass der Namenspatron der Sportarena, Ex-Präsident Wilhelm Koch, im Dritten Reich Mitglied der NSDAP war, wurde nach Fanprotesten eine Untersuchungskommission eingesetzt. Ein Jahr darauf kickten die gegnerischen Teams offiziell am „Millerntor" und nicht mehr im „Wilhelm-Koch-Stadion". Zuletzt beteiligte sich der 1910 gegründete Club am Fonds für die Entschädigung der NS-Zwangarbeiter. Bis heute folgte nach Aussage von St. Paulis Pressesprecher Christoph Hawerkamp kein weiterer Sportverein in Deutschland diesem Beispiel.

Volker Stahl

Blick in die Zeitgeschichte

Schuld begleichen

Spanien beginnt mit der Aufarbeitung der Franco-Zeit.

Viele Deutsche und noch mehr Spanier machen gern auf Gran Canaria Ferien. Sie sonnen sich am Strand oder wandern in den Bergen. Doch kaum jemand kennt die Schlucht hoch oben im Gebirge, in die die Franco-Faschisten hunderte von Menschen geschleudert haben – Tote und Lebende. Nichts erinnert an die Opfer, kaum jemand weiß, was dort in den Jahrzehnten der Franco-Herrschaft geschehen ist, von einigen Einheimischen abgesehen. Das soll sich jetzt ändern. Die neue spanische Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodriguez Zapatero machte sich alsbald daran, die Franco-Zeit aufarbeiten zu lassen. Die Faschisten hatten während ihrer Herrschaft von 1936 bis zum Tod des Diktators 1975 wild unter ihren Gegnern gewütet, Zehntausende zu Zwangsarbeitern gemacht und nach Schätzungen mindestens 30 000 tatsächliche und vorgebliche Gegner umgebracht und sie verscharrt – auf Müllkippen, in Straßengräben, Steinbrüchen oder tiefen Tälern wie auf Gran Canaria.

„Es ist an der Zeit, sich der Vergangenheit zu stellen“, erklärte die sozialistische Fraktion jetzt im Parlament und setzte eine Kommission ein, um die „Opfer der Diktatur zu rehabilitieren – moralisch und juristisch“. Etwa 300 Tote konnten bisher geborgen und angemessen beigesetzt werden. Bei einer großen, noch nicht genau bezifferbaren Zahl von Opfern – es dürften um die 150 000 sein – ist die Rehabilitation derzeit noch gar nicht möglich. Wer etwa wegen „Beihilfe zur Rebellion“ zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist, gilt unverändert als rechtskräftig Verurteilter. Einige Franco-Gesetze gelten nämlich noch.

Immerhin ist in Spanien ein Anfang gemacht und die Regierung scheint entschlossen, nun nicht mehr unnötig viel Zeit vergehen zu lassen. Unmittelbar nachdem Franco am 20. November 1975 an Altersschwäche gestorben war, begann zwar die Nelkenrevolution. Spanische Soldaten steckten in ihre Gewehrläufe Blumen, um zu zeigen, dass sie nicht mehr schießen, also Gewalt anwenden wollten. An die Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur traute man sich aber noch nicht. Die Zahl der Franco-Anhänger blieb groß. Man fürchtete eine Gegenrevolution durch die konservative Volkspartei PP, bei der viele Faschisten Unterschlupf gefunden hatten. Nun aber scheint die Zeit gekommen.

Das kann man inzwischen sogar hier und da in Straßen sehen. Die Regierungsfraktionen im Parlament haben kürzlich die Regierung aufgefordert, endlich Franco-Symbole an öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Fast 30 Jahre nach Franco sei für dergleichen kein Platz mehr in der Öffentlichkeit. Das gilt auch für das Grab des Diktators in einer Basilika in der Nähe der Hauptstadt mit einem 150 Meter hohen Kreuz. Das Parlament will dort wenigstens eine Plakette zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter sehen, die das gigantische Mausoleum und das Kreuz in 20 Jahren bauen mussten. Auf Friedhöfen mit den Gräbern gefallener Faschisten muss die Kirche gefragt werden, ehe Tafeln mit Inschriften wie „Gefallen für Gott und Spanien“ beseitigt oder ersetzt werden können. In anderen Fällen will niemand die Verantwortung übernehmen, etwa für die Reiterstatue neben den Ministerien im Zentrum Madrids. Der Bürgermeister sowie das Bauministerium sagen, das sei nicht ihre Sache. Also wuchtet das Riesenross den eher kleinwüchsigen Franco weiter durch die Zeit.

Dass Ministerpräsident Zapatero mehr als sein Vorgänger Aznar an der Aufarbeitung des Faschismus interessiert ist, könnte auch mit seiner Biografie zusammenhängen. Sein Großvater war republikanischer Offizier und wurde 1936 von Francos Schergen ermordet. Im Parlament sagte ein Mitglied der sozialistischen Fraktion: „Die Wunden heilen mit der Gerechtigtkeit, mit der Entschädigung und nicht mit dem Vergessen“. Gewiss, doch nun sollte es zügig vorangehen. Die meisten Opfer sind bereits gestorben oder sehr alt – ähnlich wie während der Entschädigungsdebatte 1998 zu Beginn der ersten Regierung von Gerhard Schröder. Die notwendigen Gespräche und Verhandlungen führten schnell zu Ergebnissen, die Opfer bekamen bald die ersten Zahlungen. Hier könnte die Bundesrepublik endlich mal ein Vorbild sein, als es darum ging, wie der Abgeordnete formulierte, „eine Schuld zu begleichen.“

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Kostenlose Neonazi-CD weiter im Umlauf

Berlin – Mit dem CD-Titel „Anpassung ist Feigheit Lieder aus dem Untergrund“ planten 56 neonazistische Kameradschaften, Bands, Einzelpersonen und Labels Jugendliche für ihre politischen Ziele zu ködern. Bis zu 250 000 kostenlose Rechtsrock-CDs sollten an Schulen verteilt werden, wie durch Recherchen des „blick nach rechts" und anderer Medien bekannt wurde. Auf Beschluss des Generalstaatsanwaltes in Sachsen-Anhalt liegt inzwischen ein Beschlagnahmebeschluss gegen das so genannte „Projekt Schulhof“ vor, die CDs dürfen aufgrund ihrer Jugendgefährdung unter Strafandrohung bundesweit nicht verteilt werden. Allerdings sind etwa 50 000 dieser CDs verschwunden, das heißt bereits im Umlauf. Heute nun räumen die weitestgehend anonymen neonazistischen Initiatoren im Internet das Scheitern der Aktion ein. „Eigentlich wollten wir euch eine kostenlose CD in die Hand drücken, aber durch staatliche Verbote und Willkür war uns dies nicht möglich“, heißt es auf der Seite eines Neonazi-Musikportals. Die einschlägigen rechtsextremen Lieder werden jedoch zum Downloaden angeboten, so dass eigene Kopien hergestellt werden können. Auch anderweitig ist die Gefahr nicht gebannt, da es bereits Nachahmer innerhalb der Neonazi-Szene gbt. Zusätzlich kursieren hartnäckige Gerüchte, vor allem in Niedersachsen, dass zahlreiche Exemplare der „Schulhof CD“ bereits in Schulen aufgetaucht sein sollen. (ar)

Geldstrafe bei Vertrauensbruch

Leinefelde – Die NPD will V-Leute des Verfassungsschutzes künftig zur Kasse bitten. Parteichef Udo Voigt erklärte beim Parteitag der NPD in Leinefelde am letzten Oktoberwochenende, Anwälte würden derzeit einen Entwurf für eine Erklärung ausarbeiten, die von Funktionsträgern der NPD auf Bundes- und Landesebene zu unterschreiben sei. Diese Erklärung sehe für den Fall einer V-Mann-Tätigkeit eine Vertragsstrafe vor. Voigt: „Wer einen Vertrauensbruch begeht, verpflichtet sich eine Vertragsstrafe von – sagen wir – 5000 Euro zu zahlen.“ Wenn sich jemand weigert, das Revers zu unterzeichnen, sollen die Parteitage darüber informiert werden. Auf die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen zu bauen habe nichts genutzt: Holtmann und Frenz hätten, ohne mit der Wimper zu zucken, unterschrieben, meinte Voigt. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de